

**(Abg. Eugen Roth)**

wir mit der heutigen Debatte einen Anstoß geben könnten, konkret an dem Problem zu arbeiten. Wenn wir nämlich in der gegenwärtigen Phase der Hochkonjunktur nicht für Abhilfe sorgen, verspielen wir eine Riesenchance, denn meiner Meinung nach werden zusätzliche Fördermaßnahmen nicht mehr möglich sein, wenn sich die Konjunktur wieder abschwächt. Deshalb gilt es jetzt zu handeln.

Meine Fraktion wird die Anträge von CDU und FDP nicht ablehnen, sondern hofft darauf, dass wir etwas Gemeinsames zustande bringen. In diesem Sinne hoffe ich, dass Sie auch mit unserer Initiative zumindest ein gutes Stück mitgehen können. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

**Vizepräsidentin Rink:**

Zur Begründung des Antrags der CDU-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Alexander Funk das Wort.

**Abg. Funk (CDU):**

Frau Präsidentin, herzlichen Glückwunsch zu Ihrem neuen Arbeitsplatz! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Roth! Im SPD-Antrag steht, dass die Qualifizierung und die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit in den Mittelpunkt der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten gestellt werden müssten. Um es deutlich zu machen: Das steht bereits im Mittelpunkt. Im Jahr 2007 stehen uns an ESF- und Landesmitteln rund 18 Millionen Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung. Zu erwähnen sind insbesondere über eine Million Euro für den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses. Hier geht es also ganz klar um Qualifizierung und Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit, und der Erfolg gibt uns recht, denn der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit im Saarland auf 7,4 Prozent ist bundesweit Spitze. Das Landesprogramm "Qualifizierung und Beschäftigung in Arbeit" gilt insbesondere der qualitativen Aufwertung der sogenannten Zusatzjobs durch Elemente der beruflichen Qualifizierung. In diesem Zusammenhang stehen rund 700.000 Euro an Landesmitteln zur Verfügung.

Nach wie vor muss es übergeordnetes Ziel sein, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern, und auch hier haben wir im Saarland seit Jahren überdurchschnittliche Erfolge vorzuweisen. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,8 Prozent belegen wir bundesweit einen stabilen fünften Platz. Sie haben allerdings völlig recht: Es gibt eine Gruppe von Menschen, die auf absehbare Zeit vermutlich keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben werden. Über ihre Größe gehen die Expertenmeinungen auseinander; sie reicht, wie Sie es erwähnt haben, von 100.000 bis 400.000. Es gibt Probleme wie Suchterkrankungen, mangelnde Deutschkenntnisse und Überschuldung.

Für diese Gruppe fordern Sie eine dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung im Rahmen eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Nun hat die Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Arbeitsmarkt" bereits erste Lösungsansätze erarbeitet. Allerdings hat auch die Expertenanhörung gezeigt, dass es keine einfache Lösung für diese Zielgruppe gibt. Es gibt Chancen und Risiken. Zu den Chancen haben Sie ausreichend viel gesagt. Ich teile dies. Es gibt aber auch Risiken, die ich noch einmal deutlich machen möchte: So dürfen die vermittelbaren Hilfeempfänger nicht dauerhaft vom ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden. Insbesondere dürfen keine Verdrängungseffekte zu Lasten privater Unternehmen und zu Lasten regulärer Beschäftigung entstehen. Diese Chancen und Risiken sind gegeneinander abzuwägen. Wir teilen die Auffassung des Chefs der Bundesagentur, Herrn Weise, zunächst einmal Pilotprojekte zu erproben. Man muss nicht gleich flächendeckend Millionen verbraten.

Wir begrüßen deshalb auch die Initiative der Bundesregierung, zunächst Menschen mit besonderer Arbeitsmarktfremde öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse anzubieten und diese modell-

haft zu erproben. Selbstverständlich sollen diese Modelle auch im Saarland erprobt werden. Insofern fordern wir in unserem Antrag die Landesregierung auf, die Initiativen zur Schaffung eines sogenannten dritten Arbeitsmarktes weiter zu unterstützen. Allerdings sollen im Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch verlässliche Rahmenbedingungen festgelegt werden, insbesondere was Dauer und Höhe der Beschäftigungsverhältnisse angeht.

Das Ganze kostet auch Geld. Die SPD hat in ihrem Antrag einen Finanzierungsvorschlag unterbreitet. Die von der BA erwirtschafteten Überschüsse sollen dafür verwandt werden. Aus unserer Sicht ist das Unsinn, weil es sich um eine unzulässige Vermischung von beitragsfinanziertem Aufkommen der versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer einerseits und steuerfinanziertem Aufkommen für bedürftige Langzeitarbeitslose, für die die ARGEn aufkommen, andererseits handelt.

(Abg. Lang (SPD): Auch die Langzeitarbeitslosen zahlen bereits Beiträge.)

Es ist richtig, dass sie dies eventuell einmal getan haben.

(Abg. Lang (SPD): In der Regel.)

Dennoch handelt es sich hier zunächst einmal um versicherungspflichtige Leistungen. Zum anderen handelt es sich um steuerfinanzierte Leistungen, welche die ARGEn bewerkstelligen. Diese Zweckentfremdung ist für uns nicht nachvollziehbar und deshalb auch nicht zu machen. Die Überschüsse sollten, wie das bereits unter der Führung der CDU geschehen ist, dazu verwandt werden, die Beiträge weiter zu senken. Das senkt auf der einen Seite die Lohnnebenkosten und kann zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen. Auf der anderen Seite steigt der Nettolohn der Beschäftigten. Insofern folgt der FDP-Antrag unserer Argumentation. Wir werden ihm auch zustimmen.

Im SPD-Antrag wird die finanzielle Situation der Träger angesprochen. Sie fordern das Land auf, schnell zu handeln. An dieser Stelle muss ich die Zuständigkeiten etwas zurechtrücken. Die Trägerstruktur leidet darunter, dass die Mittel aus Berlin für Eingliederungsleistungen bei den saarländischen ARGEn für das Jahr 2007 um zirka 4 Millionen Euro gekürzt wurden, wohingegen beispielsweise Rheinland-Pfalz eine Mittelenerhöhung um 8 Millionen Euro erfahren hat. Insofern sollte man die Probleme der Trägerstrukturen nicht mit der Unterbeschäftigungsquote von Langzeitarbeitslosen verwechseln.

Eine kleine Anmerkung am Rande: Wenn am 18. Mai Herr Müntefering, Ihr Parteifreund und Arbeitsminister, im Saarland ist, sollten Sie für die 4 Millionen, die unseren ARGEn im Jahr 2007 nicht zur Verfügung stehen, werben. Sie sollten dafür werben, dass wir diese Mittel für die saarländischen ARGEn bekommen. Dann könnten wir sofort und ohne großen Aufwand, abgestimmt mit den Kammern, 800 Menschen mit Vermittlungshemmnissen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bringen. - Herr Roth, Sie haben eine Zwischenfrage. - Bitte schön.

**Abg. Roth (SPD):**

Kollege Funk, ist Ihnen bekannt, dass die Aktion Arbeit des Bistums Triers, also von Bischof Reinhard Marx, im Grunde genau dieselbe Finanzierungsthematik aufgeworfen hat, wie ich sie eben für die SPD-Fraktion erläutere habe?

(Abg. Lang (SPD): Der hat aber die höheren Weihen.)

**Abg. Funk (CDU):**

Herr Kollege Roth, das ändert nichts daran, dass es eine Zweckentfremdung der Mittel ist und deshalb für uns nicht in Frage kommt und dass eine Beitragssenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge zu einer Belebung des Arbeitsmarktes führen kann.

(Beifall von der CDU und bei der FDP.)

**(Abg. Funk)**

Herr Roth, ich hoffe, dass Sie trotz Ihrer Recherche nach den Aussagen von Bischof Marx meinen Hinweis und Wunsch, bei Franz Müntefering für die 4 Millionen zu werben, mitbekommen haben. Wie gesagt: 800 Menschen können im Saarland sofort in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gebracht werden. Denn das, was auf Bundesebene diskutiert wird - Stichwort Laumann-Brandner-Papier -, haben wir im Saarland längst umgesetzt. Für die theoretischen Modellrechnungen, die Herr Brandner vornimmt und mit denen er belegt, dass es fiskalisch sinnvoll ist, Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen, haben wir im Saarland längst den praktischen Beweis geliefert.

Bereits ab dem 01. Juli 2005 hat die saarländische Landesregierung mit den ARGE n das Beschäftigungsprojekt Bus-Begleiter auf den Weg gebracht. Es unterbricht die Langzeitarbeitslosigkeit älterer Arbeitsloser und wurde im November und Dezember 2006 von der ARGE Saarbrücken in einem erweiterten Versuch erprobt. Dabei wurden 10 von insgesamt zirka 100 Bus-Begleitern im Rahmen einer voll versicherungspflichtigen Beschäftigung gemäß § 16 Abs. 3 Satz 1 SGB II von der Saarbahn nach der Fahrplanumstellung als Zugbegleiter eingesetzt. Eine Gegenüberstellung von staatlichen Transferleistungen und öffentlich geförderter Beschäftigung zeigt, dass eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu 7,50 Euro pro Stunde gesamtfiskalisch noch rentierlich ist.

Ein weiteres Projekt der Landesregierung kommt der Beschäftigung älterer Arbeitsloser mit Ausbildereignungsprüfung zugute. Im Rahmen des ESF-Programms haben diese Menschen Verträge in kofinanzierten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sie unterstützen zusätzlich die duale Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen. Man sieht: Es wird im Saarland etwas getan. Und wenn Sie sich bei Ihrem Parteifreund Franz Müntefering für mehr Geld bei den saarländischen ARGE n einsetzen, können wir noch mehr tun.

Unabhängig vom Erfolg Ihrer Bemühungen, ob diese 4 Millionen wieder ins Saarland fließen, werden wir Ihren Antrag nicht ablehnen, aber uns der Stimme enthalten. Dann können wir im Ausschuss gemeinsam dieses wichtige Thema weiter diskutieren und eventuell gemeinsam die Chancen für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen verbessern. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU.)

**Vizepräsidentin Rink:**

Zur Begründung des Antrags der FDP-Landtagsfraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Christoph Hartmann das Wort.

**Abg. Dr. Hartmann (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit einem Jahr haben wir also eine konjunkturell erfreuliche Entwicklung, aber dem strukturellen Problem, das wir haben, kommen wir trotzdem nicht richtig nach: Es gibt eine Sockelarbeitslosigkeit, die einfach nicht besser wird. Im Moment sind 37 Prozent derjenigen, die arbeitslos sind, ungelernete Personen. Zirka 50 Prozent der Arbeitslosen in unserem Land sind Langzeitarbeitslose. So lauten die Zahlen der OECD.

Was ist von der Großen Koalition aufgelegt worden? - Ein Programm für unter 25-Jährige und für über 55-Jährige. Dadurch wird es ungefähr 150.000 Arbeitslose weniger geben. - Lieber Gott, bei über 4 Millionen Arbeitslosen wird das am Ende des Tages wirklich nicht ausreichen. Das ist eher eine kleine Lösung. Von einer vermeintlich Großen Koalition hätte man etwas mehr erwartet als eine kleine Lösung. Was hilft das außerdem demjenigen, der etwas über 25 Jahre alt ist, etwa 27 oder 28 und auch langzeitarbeitslos? - Ihm wird nicht geholfen.

Es gibt drei Lösungsansätze, die derzeit diskutiert werden. Der erste ist das Thema Mindestlohn. Der zweite ist der Kombilohn und der

dritte ist das, was man unter den Stichworten Bürgergeld, Wisconsin-Modell und negative Einkommensteuer subsumieren kann. Es gibt zwar gewisse Abgrenzungen, aber im Grunde treffen sie alle das Gleiche. Der Mindestlohn wird Arbeitsplätze kosten. So sagt der wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums. Ein Mindestlohn von 7,40 Euro wird 2,4 Millionen Arbeitsplätze in unserem Land kosten.

(Abg. Ries (SPD): Das ist alles Quatsch.)

Frau Kollegin Ries, schauen Sie sich doch mal die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit beispielsweise in Frankreich an. Die Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich ist sehr viel höher, sie liegt bei über 20 Prozent. Das liegt unter anderem daran, dass die Mindestlöhne in Frankreich so hoch sind. Woanders, beispielsweise in den USA, sind die Mindestlöhne so niedrig, dass sie unproblematisch sind. Aber dann sind sie wirkungslos.

Das Zweite ist der Bereich des Kombilohns. Der ist aus unserer Sicht ebenfalls falsch. Es geht beim Kombilohnmodell darum, dass Langzeitarbeitslose unabhängig vom Qualifikationsniveau subventioniert werden sollen, indem der Arbeitgeber, der sie anstellt, eine entsprechende Subventionierung erhält. Das beinhaltet die Gefahr eines Drehtüreffekts. Wenn der Arbeitgeber einen Mitarbeiter entlässt, einen Langzeitarbeitslosen dafür einstellt und dafür die Subventionierung kassiert, ist die Arbeitslosigkeit im Endeffekt nicht beseitigt. Deswegen wird der Kombilohn nicht nur vom Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums abgelehnt, sondern auch vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung oder auch von Herrn Professor Sinn,

(Zuruf von der SPD: Oje!)

der sagt: "Vom Kombilohn halten die meisten Ökonomen, ich selbst eingeschlossen, herzlich wenig." Die Wirtschaftswoche titelt zum Thema Kombilohn: "Es handelt sich um ein teures Placebo."

Das Dritte ist die Frage, Bürgergeld, Wisconsin-Modell oder negative Einkommensteuer. Es geht dabei darum, die 143 verschiedenen Sozialleistungen, die von 39 verschiedenen Ämtern ausgezahlt werden, zu bündeln und dafür zu sorgen, dass alle auf einem bestimmten Leistungsniveau eine Unterstützung erhalten. Das wird dazu führen, dass das Lohnniveau ein Stück weit abfällt. Es wird aber durch die negative Einkommensteuer aufgefangen. Insofern verbessert sich im Endeffekt für denjenigen, der arbeitet, die Situation. Derjenige, der arbeitet, hat mehr im Geldbeutel als derjenige, der nicht arbeitet.

(Beifall bei der FDP.)

Wir sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, beim dritten Arbeitsmarkt - wobei die Abgrenzung immer problematisch ist: Was heißt eigentlich genau dritter Arbeitsmarkt? - fünf Probleme. Erstens. Wir sehen einen Mitnahmeeffekt, wie ich ihn eben dargestellt habe. Wir sehen zum Zweiten einen Drehtüreffekt, das heißt, dass diejenigen, die im dritten Arbeitsmarkt drin sind, aus diesem nicht mehr raus können. Drittens, wir sehen das Problem, das auch der Kollege Roth angesprochen hat, dass Private verdrängt werden. Beispiel: dritter Arbeitsmarkt. Der soll ja insbesondere für gemeinnützige Tätigkeiten - um etwa einen Park zu säubern - eingesetzt werden. Aber was heißt das für den Mittelständler, der in dem Bereich tätig ist? Der wird im Zweifelsfalle verdrängt, weil es für den Staat billiger ist, subventionierte Langzeitarbeitslose einzusetzen, als auf den Mittelständler zurückzugreifen. Wenn am Ende die Rechnung so aussieht, dass der erste Arbeitsmarkt kaputtgeht, dass also Mittelständler kaputtgehen und Arbeitsplätze vernichtet werden, die durch den dritten Arbeitsmarkt ersetzt werden, dann haben wir an der Stelle nichts gewonnen.